



#### Verantwortung beginnt vor Ort: Fairen Handel stärken

Globalisierte Wirtschaftsstrukturen führen zu Lücken im Menschenrechtsschutz. Der rohstoffreiche Süden ist überwiegend Lieferant für die Unternehmen im Norden. Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen, Umweltkatastrophen und schweren Menschenrechtsverletzungen. Arbeits-, Sicherheits- und Umweltstandards entlang der Lieferketten werden selten eingehalten. Die Pflicht, die Menschenrechte zu schützen, liegt grundsätzlich beim Staat, doch kommt Unternehmen ebenfalls eine Verantwortung zu, gerade da, wo der staatliche Schutz ausbleibt. Bis 2030 soll die Ressourceneffizienz weltweit verbessert werden, es wird eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung angestrebt, ebenso wie produktive Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit unabhängig von Geschlecht, Alter und Behinderungen eines Individuums. Zudem müssen Zwangsarbeit und moderne Formen der Sklaverei und des Menschenhandels sofort bekämpft werden. Der Faire Handel leistet hier einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einem anderen Wirtschaftssystem mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. Landkreise, Städte und Gemeinden können die Ziele des Fairen Handels unterstützen, indem sie fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden. Als öffentliche Auftraggeber besitzen Kommunen ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Auch üben sie eine wichtige Vorbildfunktion aus: Hier werden rund die Hälfte der 350 Milliarden Euro verantwortet, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben werden.



**Im Vorfeld der Kommunalwahl am 12. September 2021 wollten wir von den aktuell im Stadtrat vertretenen Parteien gerne wissen, welche Ziele sie mit Blick auf den Fairen Handel in unserer Stadt für die kommende Legislaturperiode und darüber hinaus verfolgen.**

**Unsere Fragen an die Ratskandidierenden und die Kandidierenden für das Amt der/des Oberbürgermeisterin/s:**

- 1.** Wie möchte Ihre Partei den Fairen Handel - bei dem menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefördert werden - in der Kommune stärken?
- 2.** Die Stadt Braunschweig trägt seit 2014 den Titel „Fairtrade Town“: Welche Auswirkungen hat die Auszeichnung für das Handeln der Stadt, wie planen Sie und Ihre Partei, diesen Titel mit „Leben zu füllen“ und die Braunschweiger Bürger:innen für das Thema zu sensibilisieren?
- 3.** Gibt es konkrete Pläne (z.B. Monitoringsysteme, anspruchsvolle Ziele, Schaffung einer Kompetenzstelle), die öffentliche Beschaffung stärker nach ökologisch und sozialen Kriterien auszurichten?
- 4.** Welche Überlegungen oder konkreten Pläne gibt es zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle (z.B. kooperative Ökonomien: Repair- und Sharing-Modelle, Gemeinwohlökonomie) in der Stadt zu fördern?

Der **Eine Welt Laden** im Ev. Stadtjugenddienst Braunschweig ([www.staju.de/eine-welt-laden](http://www.staju.de/eine-welt-laden)) setzt sich gemeinsam mit Ehrenamtlichen seit mehr als 30 Jahren für eine gerechte Weltwirtschaft ein, indem er Produkte aus dem Fairen Handel verkauft, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Produzent:innen vor Ort zu verbessern, viele verschiedene Informationsmaterialien rund um Fairen Handel und Nachhaltigkeit etc. (auch Verleih) bereitstellt sowie Seminare, Vorträge und ähnliches für Schulklassen, Konfirmand:innengruppen, Kirchengemeinden, aber auch für Firmen, Privatpersonen und alle Interessierten anbietet.

Der **Verein Fair in Braunschweig** ([www.fair-in-braunschweig.de](http://www.fair-in-braunschweig.de)) setzt sich seit 2013 für faires Verhalten in unserer Region und Stadt ein. Für mehr Achtsamkeit und Respekt der Menschen untereinander und der Natur gegenüber. Der Verein will glaubwürdigen Einfluss nehmen zugunsten unserer Mitwelt. Neben Bildungsarbeit, Beratung, und Vernetzung bietet der Verein eine Anlaufstelle für alle, die sich mit Gedanken der Einen Welt identifizieren und diesen vorantreiben. Darüber hinaus begleitet und initiiert der Verein Aktivitäten im Rahmen der Steuerungsgruppe der Fairtrade-Stadt Braunschweig. Nicht zuletzt vertreibt der Verein den bio-fairen Braunschweig Kaffee und die bio-faire Braunschweig Schokolade. Der Verein ist auch Träger des bundesweiten Eine-Welt Regionalpromotor\*innen-Programms. Die Regionalpromotorin Anna Thiel setzt sich für die Vernetzung und Beratung von entwicklungspolitischen Gruppen und Initiativen zur Förderung des Fairen Handels ein. Ihr Schwerpunktthemen dabei sind Unternehmensverantwortung und Sozialstandards.

Der **Oikocredit Förderkreis Niedersachsen Bremen e.V.** ([www.niedersachsen-bremen.oikocredit.de](http://www.niedersachsen-bremen.oikocredit.de)) mit Sitz in Braunschweig engagiert sich seit 1980 für weltweite Solidarität und soziale Gerechtigkeit mit dem Fokus auf eine gerechte und nachhaltige Finanzwirtschaft und einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Oikocredit ist eine weltweit tätige Genossenschaft und ein sozialer Kreditgeber. Seit über vier Jahrzehnten setzt sich Oikocredit durch Finanzierungen in den Bereichen inklusives Finanzwesen, Landwirtschaft/Fairer Handel und erneuerbare Energien für nachhaltige Entwicklung und Stärkung von Gemeinschaften im Globalen Süden ein.

Das **Projekt Faire Gemeinde** ([www.fairegemeinde-lkbs.de](http://www.fairegemeinde-lkbs.de)) der Landeskirche Braunschweig wurde im Mai 2019 als Kooperation des Arbeitsbereich Kinder- und Jugendarbeit (AJAB), der Evangelischen Erwachsenenbildung (EEB) und Brot für die Welt ins Leben gerufen. Ziel ist es das Interesse und das Bewusstsein für Themen aus den Bereichen Fairer Handel und Nachhaltigkeit bei unseren Gemeinden und Gestaltungsräumen (weiter) zu fördern und diese schließlich dabei zu unterstützen selbst zur Fairen Gemeinde zu werden. Aktuell sind in der Stadt Braunschweig fünf Gemeinden mit dem Titel „Faire Gemeinde“ ausgezeichnet.



Die Antworten der Ratskandidierenden bzw. deren Parteien und die Kandidierenden für das Amt der/des Oberbürgermeisterin/s:



## Tatjana Schneider für Bündnis 90/Die Grünen

### 1. Wie möchten Sie den Fairen Handel – bei dem menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefördert werden – in der Kommune stärken?

Öffentliche Verwaltungen sind an das Vergaberecht gebunden. Entsprechend ist es wichtig, in den Ausschreibungsunterlagen für Beschaffungen Standards festzuschreiben, die eingehalten werden sollen. Da die Stadt Braunschweig eben auch Gebäude baut und saniert, technische Geräte einkauft oder least u.v.m. kann hier auf fairen Handel und menschenwürdige Arbeitsbedingungen eingewirkt werden.

Die Verwaltung vergibt außerdem Aufträge für die Mittagessen in Schulen und Kitas oder für Empfänge. Auch hier können in den Ausschreibungen Vorgaben gesetzt werden, etwas regionale Produkte einkaufen, Angestellte nach Mindestlohn zu bezahlen u.v.m.

Solche Standards in den Vergaben zu berücksichtigen wäre der OB-Kandidatin Tatjana Schneider ein wichtiges Anliegen bei ihrer Amtsübernahme.

### 2. Die Stadt Braunschweig trägt seit 2014 den Titel „Fairtrade Town“: Welche Auswirkungen hat die Auszeichnung für das Handeln der Stadt, wie planen Sie und Ihre Partei, diesen Titel mit „Leben zu füllen“ und die Braunschweiger Bürger:innen für das Thema zu sensibilisieren?

Der Titel muss mit Leben gefüllt werden. Das bedeutet auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung darum wissen, dass die Stadt „Fairtrade Town“ ist, diesen Anspruch in ihre Arbeit implementieren. Die Verwaltung kann bei allen Gelegenheiten darauf hinweisen, dass sie nach den Kriterien eine „Fairtrade Town“ Leistungen vergibt und Waren und Dienstleistungen einkauft – dieses Label findet sich heute nicht auf der Website, den E-Mailsignaturen und den zentralen Publikationen der Stadt.

Die Stadt Braunschweig hat städtische Betriebe, die nach den oben genannten Kriterien ebenfalls handeln sollen. Mittelfristig weitergedacht, können Kriterien auch an die Vergabe von Schaustellerplätzen auf städtischen Märkten oder für den Weihnachtsmarkt angedacht werden. Hier können die Bürger\*innen somit erfahren und erleben, was eine Umstellung bedeutet. Das ist aus meiner Sicht die beste Werbung und Sensibilisierung

### 3. Gibt es konkrete Pläne (z.B. Monitoringsysteme, anspruchsvolle Ziele, Schaffung einer Kompetenzstelle), die öffentliche Beschaffung stärker nach ökologisch/ sozialen Kriterien auszurichten?

Uns ist es zu wenig, „Fairtrade Town“ auf den Einkauf von Kaffee oder Schokolade zu reduzieren. Wie oben beschrieben, umfasst es sämtliche Leistungsbereiche der Beschaffung der Verwaltung: Energie, Mobiliar, Baumaterialien, Bürobedarf und eben Lebensmittel. Das wird nicht von heute auf morgen möglich sein, doch alle Verwaltungsbereiche müssen – über die Vorgabe der Verwaltungsspitze – sich hier ihre Beschaffungen eine nach der anderen vornehmen. Das ist zugleich eine Unterstützung für unsere Ziele zur Verminderung von Treibhausgasen, Mobilitätsvermeidung und damit für die klimaneutrale Stadt.

Die Kommunalverwaltung kauft eher selten direkt auf dem internationalen Markt ein. Auch wenn das neue Lieferkettengesetz schwach ist und nachgebessert werden muss, es ist ein erster Grundstein. Erstmals werden damit verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten für deutsche Unternehmen gesetzlich festgeschrieben. Es bietet der Kommunalverwaltung als Einkäuferin eben auch mehr Informationen.

#### **4. Welche Überlegungen oder konkreten Pläne gibt es zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle (z.B.**

##### **kooperative Ökonomien: Repair, Sharing-Modelle, Gemeinwohlökonomie) in der Stadt zu fördern?**

Die Stadtverwaltung verfügt über eigene Werkstätten und auch eine verwaltungsinterne Tauschbörse – das ist Außenstehenden nicht unbedingt bekannt. Die Werkstätten bauen nicht nur im Auftrag einzelner Verwaltungseinheiten, sie reparieren auch. In der Tauschbörse können alle Mitarbeiter\*innen Angebote und Gesuche einstellen. Auf diesen Grundlagen aufbauend können weitere Bereiche erschlossen werden.

Wir begrüßen, dass sich die Verwaltung ein internes Mobilitätsmanagement gibt und in Sharingsysteme mit Dienstfahrzeugen einsteigt, dass vor allem auch auf Fahrräder ausgeweitet wird. Für uns ist dies ein positiver Trend, in den die städtischen Gesellschaften eingebunden werden. Das System kann auch auf weitere öffentliche Einrichtungen und ggf. die Landes- und Bundesbehörden in Braunschweig erweitert werden. Gerade im Mobilitätsmanagement besteht damit die Chance über ein Ausschreibungsverfahren einen Sharingdienstleister zu verpflichten, der auch für Bevölkerung und weitere Firmen seine Dienstleistung anbieten kann.

Die von uns aufgestellte Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin für Braunschweig tritt mit der Zielsetzung an, gemeinwohl-orientierte Einrichtungen und gemeinwohl-förderndes Wirtschaften zu fördern: ein Nachhaltigkeitszentrum, mehr Bildungsangebote in Schulen, weiterführenden Einrichtungen und in der Stadt selbst. Diese Einrichtungen gehören gemäß diesem Konzept auch in die Innenstadt. Der Umbau und die Weiterentwicklung der Braunschweiger Innenstadt und der Stadtteile unter diesem Leitgedanken sind uns und unserer Kandidatin besonders wichtig.

